

Wir kochen Hagebuttenmarmelade - über das fragliche Verhältnis von Laien und Experten

Vortrag für Karlsruhe Juni 2015

Ein guten Tag zusammen!

Wenn wir einmal aufzählen, was gegenwärtig durch das Internet und durch die sogenannte Digitalisierung alles gefährdet ist, bekommen wir eine hübsche Liste zusammen: das Urheberrecht und geistige Eigentum, der Datenschutz und die Privatsphäre, die Zeitungs- und Buchverlage, die Meinungs- und Pressefreiheit, eine kritische Öffentlichkeit ist gefährdet, in Gefahr ist aber auch die menschliche Verstandesfähigkeit, weil eine digitale Demenz droht; und natürlich ist auch die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet, der Rechtsstaat und viele andere Dinge.

Es gibt aber keinen Grund zur Panik, denn auch das Internet ist angeblich in Gefahr. Das jedenfalls kann man im Internet lesen. Dazu kommen noch andere Gefährdungen, so genannte Standards oder Evergreens, also Dinge, die immer Gefahr sind, Kinder und Jugendliche z.B.; die Gesundheit, die Umwelt, die innere Sicherheit, die Grundrechte.

Die Liste der Gefährdungen ist damit noch lange nicht komplett, weil ja auch Denkmäler gefährdet sind, irgendwelche Tierarten, bestimmte Unternehmen und Branchen sind immer gefährdet, Arbeitsplätze, der Sozialstaat ist gefährdet, die Banken, das Weltklima, der Euro, Europa ist gefährdet und durch künstliche Intelligenz ist nichts weniger als die ganze Menschheit gefährdet. Das hat neulich Stephen Hawking zum wiederholten Male verkündet.

Allgemein kann man sagen: eigentlich ist alles gefährdet, das aus irgendwelchen Gründen der besonderen gesellschaftlichen Wertschätzung unterliegt.

Das ist schlimm, aber ich kann Entwarnung versprechen, denn: das einzige, was nicht gefährdet ist, ist die Routine der ständigen Wiederholung und Erweiterung von Gefährdungshinweisen aller Art. Auch diese Routine unterliegt der besonderen gesellschaftlichen Wertschätzung, sie ist sehr beliebt; es wird gern gesehen, alles mögliche als gefährdet oder bedroht zu erachten, aber gefährdet ist diese Routine nicht. Im Gegenteil: Das geht schon seit Jahrzehnten so und vieles spricht gegenwärtig dafür, dass das auch so bleiben wird.

Es ist also alles in Ordnung. Es gibt keinen Grund sich zu wundern, weil alle Systeme normal weiter laufen: es werden Gefährdungshinweise inflationär verbreitet.

Nun, wer findet eigentlich heraus, was gefährdet ist und wer setzt diese vielen Gefährdungshinweise in die Welt?

Das geschieht durch Experten. Experten sind Fachleute, die auf irgendwelchen Sachgebieten besondere Kenntnisse und Kompetenzen haben und die für die Gesellschaft auf die eine oder andere Weise unverzichtbar sind oder unverzichtbar sein sollten.

Es sind Experten, die mit Vorliebe von irgendwelchen Bedrohungen und Gefährdungen sprechen, weil Experten besser wissen als alle anderen, wie die wahren Verhältnisse in der Welt bestellt sind. Experten wissen immer sehr genau, wo es lang geht.

Warum machen sie das? Experten machen das deshalb, weil sie selbst ständig von einem Bedeutungsverlust ihrer besonderen Kenntnisse und Kompetenzen bedroht sind. Diese Bedrohung entsteht durch andere Experten, die vom gleichen Fach sind und die sich durch Massenmedien mitteilen und durch Massenmedien ihr besonderes Wissen präsentieren. Denn sobald sich ein Experte in irgendeiner kritischen Angelegenheit zu Wort meldet, so dauert es nicht lange, bis sich ein anderer Experte meldet, der auch genau weiß, worum es geht und natürlich besser informiert ist als alle anderen.

Da nun die Experten eben dieses voneinander erwarten, können sie nur schlecht miteinander reden, denn würden sie das tun, würde das Publikum bald ausgeschlossen, denn es handelt sich beim Publikum mehrheitlich um Laien, die nicht wissen worum es geht. Experten, die nur miteinander reden, neigen zur Sachlichkeit und Sachlichkeit führt zur Langweile und Langweile ist der Tod des journalistischen Geschäfts. Deshalb machen es sich Journalisten zur Aufgabe, jede Art von Sachlichkeit mit vielen Tricks zu sabotieren, damit die Aufmerksamkeit weiter stimuliert wird, damit das Geschäft weiter läuft.

Ein sehr guter Trick von Journalisten, der ganz wunderbar funktioniert, besteht nun im Gegenteil darin, Sachlichkeit zu fordern und zu versuchen Sachlichkeit herzustellen. Wie wird auf diese Weise Sachlichkeit zerstört? Das hatte ich schon angedeutet: Das geht, indem man einen Experten zu Wort kommen lässt. Denn der Experte kennt die Sache, er kennt sich aus und weiß Bescheid und verspricht Sachlichkeit. Diese

Sachlichkeit trifft dann auf ein kritisches Nachfragen der Journalisten und damit fallen Ungereimtheiten auf, Ungenauigkeiten, Unklarheiten, Widersprüche, irgendwelche Informationsdefizite, auf die ein anderer Experte wiederum reagieren kann. Und wenn das geschieht, fallen weitere Informationsdefizite an, denn jeder Experte weiß zwar genau, was er weiß, er weiß aber auch nicht alles. Deshalb werden, sobald ein Experte seine Gewissheit mitteilt, immer weitere Experten gebraucht, die etwas ganz anderes ebenfalls mit großer Gewissheit mitteilen.

Durch den massenmedialen Expertendiskurs wird also nicht die Informationssituation verbessert, sondern sie wird komplizierter und durch Komplikationen entstehen viele weitere Informationsdefizite. Und damit nun nicht erkennbar wird, dass die Experten irgendwann mit ihrem Latein am Ende sind, weil sie diese Komplikationen auch nicht sehr gut durchschauen, könnte sich ihr Expertenwissen und ihre Urteilsgewissheit als gefährdet erweisen. Das Publikum könnte bemerken, dass das alles nicht haltbar ist oder nur Weniges wirklich stimmt. Und um diese Gefährdung zu vermeiden, bezeichnen diese Experten etwas anderes als gefährdet, nämlich den Gegenstand, über den sie etwas wissen, über den sie urteilen.

So können Experten von der Fraglichkeit ihres Expertenwissens und der Zweifelhaftigkeit ihrer Urteilsgewissheit ablenken; und Journalisten können Aufmerksamkeit weiter stimulieren, denn wenn die Welt oder die ganze Menschheit in Gefahr ist, ist jede Sachlichkeit vollständig zerstört, was Journalisten dann zum Ausgangspunkt nehmen, um wieder Sachlichkeit zu fordern und um nächsten Versuch zu wagen, Sachlichkeit durch Expertenbefragung herzustellen. Und wenn das dann wieder nicht klappt ist die Welt der Massenmedien immer erfolgreich gerettet. Es geht einfach immer weiter: Die Experten wissen genau was Sache ist und das Publikum ist beunruhigt.

So funktioniert grob beschrieben die massenmediale Routine der Kommunikation von Gefährdungen.

Es ist also nicht etwa so, dass Demokratie oder innere Sicherheit oder Datenschutz oder die Menschheit zuerst gefährdet wären, sondern nur die Urteilsgewissheit der Fachexperten ist zuerst gefährdet und um das zu verdecken, wird von der Gefährdung der Sachen selbst gesprochen.

Das funktioniert sehr verlässlich. Und weil das so wunderbar funktioniert, kommt es zu einer Inflation von Gefährdungshinweisen, die sehr gut dazu geeignet sind,

das Ganze wie gewohnt weiterlaufen zu lassen.

Massenmediale Kommunikation produziert in der Hauptsache nicht Klarheiten, Wahrheiten und Gewissheiten, sondern enorme Informationsdefizite, ein riesiges Informationschaos, Verwirrung, Durcheinander und Dauerirrtum. Das ist zugleich Quelle und Resultat des Geschäfts, das sich aus der Symbiose von Journalismus und Fachexperten ergibt.

Nun gibt es eine besondere Gruppe von Experten, die in einer ganz interessanten Falle stecken. Damit meine ich Datenschützer.

Anders als viele andere Experten sind Datenschützer in finanzieller Hinsicht nicht vom Verkauf von Büchern und Zeitungen abhängig, weil sie vom Staat bezahlt werden und regelmäßige Gehälter beziehen. Damit sind Datenschützer eine Art von Fachexpertentum, das – ähnlich wie Wissenschaftler – eigentlich unter sich bleiben könnte, weil es kein Publikum braucht. Datenschützer haben eigentlich nichts zu verkaufen.

Aber Datenschützer brauchen Schützlinge, besser gesagt: sie brauchen eine spezifische Inkompetenz des größten Teils der Bevölkerung. Worin besteht diese Inkompetenz?

Ich würde Datenschützer als eine Art modernes Priestertum beschreiben. Das mittelalterliche Priestertum zeichnete sich dadurch aus, dass es etwas sehr Wichtiges monopolisiert hatte. Es konnte nämlich Auskunft geben über die Vergebung der Sünden, weil die Menschen kein eigenes Verhältnis zu ihrem Gott hatten. Man könnte das salopp so formulieren: Immer, wenn Gott eine Pressemitteilung heraus gegeben hatte, so hatte er sich nur an die Priester verschickt, weshalb nur die Priester mitteilen konnten, was Gott veröffentlicht hatte. Und sofern die Gläubigen das wiederum geglaubt hatten, reichte ihnen ihr Glaube nicht aus. Sie waren immer auf dieses Priestertum angewiesen, wenn sie wissen wollten, wie es um ihre unsterbliche Seele bestellt war. Dadurch entstand eine Nachfrage nach Sündenvergebung, die die Priester auch gerne bedient hatten, vorausgesetzt natürlich, dass die Gläubigen die Bedingung erfüllten, die Privilegien der Priester zu garantieren. Das heißt: unter der Bedingung, dass die Macht der Priester nicht angetastet wurde, konnten die Sünder die Vergebung ihrer Sünden erkaufen.

Ein ähnliches Verhältnis hat die Mehrheit der Bevölkerung zu Datenschützern. Datenschützer sind eine Art Anwalt für uns gegenüber einer höheren Macht. Ein Datenschützer kann etwas, das sonst keiner kann,

nämlich: ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung fordern. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wird zwar als individuelles Recht aufgefasst, es kann aber nur von einer Stelle innerhalb der Staatsgewalt durchgesetzt werden. Und da nun kein einzelner Mensch über die Staatsgewalt verfügen kann, sind wir alle auf Anwälte angewiesen, die gegenüber der Staatsgewalt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung einfordern. Denn: Niemand kann über das Recht auf informationelle Selbstbestimmung selbst bestimmen. Darin besteht die Inkompetenz des modernen Staatsbürgers.

Die Analogie ist: der mittelalterliche gläubige Christ hatte kein eigenes Verhältnis zu seinem Gott, obwohl er an ihn geglaubt hatte. Wir modernen Staatsbürger haben keine Möglichkeit über informationelle Selbstbestimmung selbst zu bestimmen, weshalb wir den Datenschützern zur Macht verhelfen müssen, eine Macht, die sie nicht hätten, wenn wir eine informationelle Selbstbestimmung hätten.

Diese Inkompetenz ist zugleich die Falle, in der Datenschützer stecken, denn die Falle ist ein Widerspruch und Widersprüche verweisen immer auf Informationsdefizite; und um diese Falle zu verdecken, bzw. um sich kommunikativ aus dieser Falle zu befreien, sprechen Datenschützer gerne von Gefahren und Bedrohungen für den Datenschutz. Und aus diesem Grunde sind Datenschützer sehr wohl auf eine Art Publikum angewiesen. Besser gesagt: sie brauchen die Unfähigkeit der Mehrheit der Bevölkerung zur informationellen Selbstbestimmung um von informationeller Selbstbestimmung reden zu können.

Und auch das hat, ähnlich wie beim mittelalterlichen Priestertum, einen Preis, den wir entrichten müssen. Der Preis besteht darin, dass wir den Informationsgehalt von personenbezogenen Daten immer nur daraufhin beurteilen, ob das Auskunftsverlangen und die Auskunftsverweigerung rechtmäßig geschieht oder nicht. Der Preis ist, dass wir uns ein naives Verhältnis zum Informationsgehalt dieser Datensätze leisten, indem wir sehr kompliziert darüber nachdenken, unter welchen Bedingungen Auskunft verlangt oder Auskunft verweigert werden darf. Solange wir uns auf diese Komplikationen einlassen und uns darauf verlassen, dass diese Komplikationen das einzige seien, worauf es ankäme, können wir naiverweise glauben, dass immer schon klar wäre, was personenbezogene Daten eigentlich besagen, weil übrigens auch in der Gesellschaft ein Identitätskonzept verbreitet ist, das nur selten problematisiert wird. Man redet über Identität gleich so als ob schon immer klar wäre, was Identität

eigentlich besagt. Aber so klar ist das alles gar nicht. Polizisten verstehen unter der Identität einer Person etwas ganz anderes als Psychologen oder Künstler. Das gilt auch für den Begriff der Person: für Juristen ist eine Person etwas ganz anderes als für Soziologen.

Die Verhältnisse, unter denen wir personenbezogene Daten behandeln, unter denen wir ihren Informationsgehalt beurteilen, beziehen sich auf Verhältnisse, die durch Verträge oder Gesetze bestimmt sind. In beiden Fällen geht es immer nur um Rechtsfragen. Welches Recht hat ein Unternehmen, eine Behörde Datensätze zu speichern? Mit welchem Recht werden im öffentlichen Raum Kameras aufgestellt oder Bewegungsprofile erhoben. In diesen Fällen fallen immer personenbezogene Daten an, deren Informationsgehalt stets nur als eine Rechtsangelegenheit behandelt wird. Das hat natürlich einen wichtigen Grund, den will ich gar nicht bestreiten und natürlich können solche Informationen zum Schaden und zum Nachteil der Menschen verwendet werden. Deshalb besteht auch gar kein Zweifel daran, dass eine willkürliche Verwendung von solchen Daten verhindert werden muss, denn tatsächlich würde wir unsere Freiheit verlieren, wenn Unternehmen und Behörden uneingeschränkt mit diesen Daten machen können was sie wollen.

Aber das heißt nur, dass es keine informationelle Selbstbestimmung gibt. Dieses Defizit ist aber nicht durch die Staatsgewalt, bzw. durch einen gesetzlich geregelten Datenschutz zu beseitigen. Denn Datenschützer schützen überhaupt gar keine Daten, Datenschützer verfügen gar nicht über schützenswerte Daten. Datenschützer schützen nur ein Rechtsgut, aber keine Daten.

Und unsere Naivität besteht darin, dass wir glauben wollen, dass mit der Frage nach „Erlaubt und Verboten“ alle entscheidenden Antworten über den Informationsgehalt von personenbezogenen Daten gegeben werden können. Das ist ein Irrtum, denn: natürlich sind alle rechtlichen Angelegenheiten immer auch von gesellschaftlicher Relevanz, aber nicht alle gesellschaftliche Relevanz lässt sich auf Rechtsfragen reduzieren. Und sofern wir es dabei belassen, lediglich Rechtsangelegenheiten als entscheidendes Beurteilungskriterium zu nehmen, können wir immer nur Angst haben, wenn irgendwer irgendwelche Daten sammelt, speichert, verknüpft und weiter gibt. Die Angst entsteht, weil wir nicht wissen, welche Folgen das haben kann, weshalb wir meinen, es müsse eine rechtmäßige Macht organisiert sein, die das Schlimmste

verhindert.

Eben dies behaupten Datenschützer zu tun, aber sie tun es praktisch nicht. Womit wir es gegenwärtig zu tun haben ist, dass alle Befürchtungen eingetreten sind, vor denen man in den letzten 30 Jahren mehr als genug gewarnt hat. Man hat ausgiebig vor gläsernen Bürgern und gläsernen Kunden gewarnt und hat zusätzlich immer den gläsernen Staat gefordert. Beides ist völlig unrealistisch: der Staat ist intransparenter als jemals zuvor, und eine Verhinderung des gläsernen Bürgers und Kunden hat sich nie eingestellt. Denn genau das Gegenteil ist die tagtägliche Realität.

Wenn man das Ernst nimmt – und wir sind gut beraten, das sehr ernst zu nehmen – dann können wir erkennen, was die Funktion von Datenschutz in der Vergangenheit immer gewesen ist. Die Funktion war nicht, den Missbrauch zu verhindern, sondern bestand darin, den Entwicklungsprozess des Problems durch fortwährende Gefährdungskommunikation zu begleiten und das Problem dadurch zu verdecken. Man könnte es auch so formulieren: solange Datenschützer immer vor dem Missbrauch von personenbezogenen Daten warnen konnten, eine Warnung, die stets den Unsachlichkeitsverhältnissen der Massenmedien unterlag, solange musste das Publikum, das weder die Fähigkeit hat zur informationellen Selbstbestimmung noch die Möglichkeit hat, den massenmedialen Expertendiskurs zu beeinflussen, in der Gefangenschaft seiner eigenen Naivität verbleiben. Und diese Naivität hat zugleich den Entwicklungsprozess des Problems unterstützt. Denn von dieser Naivität sind alle infiziert, auch dieser Mark Zuckerberg.

Woran kann man den Entwicklungsprozess des Problems erkennen? Ich meine, dass man ihn daran erkennen kann, dass es keine einzelnen Datenschutzskandale mehr gibt, die sich abwechseln, wie dies in den 80er und 90er Jahren war, sondern es gibt nur noch einen einzigen Datenschutzskandal. Es hat sich sozusagen eine „Singularität“ ereignet.

Datenschutz wurde niemals sicher gestellt, sondern es wurde immer nur die unrechtmäßige Verwendung von Datensammlungen skandalisiert, was immer nur dazu führte, dass der nächste Skandal größer war als der Skandal zuvor. Ergebnis: das Internet selbst ist der größte Datenschutzskandal aller Zeiten und die Frage ist: kann dieser Skandal noch weiter gesteigert werden? Kann es einen noch größeren Skandal geben?

Ich wüsste nicht wie. Und kein Datenschutz hat je ausgereicht, um diesen Skandal zu verhindern.

Und jetzt stehen wir da und wissen nicht weiter. Besser gesagt: gegenwärtig wird nur dafür gesorgt, dass alles so weiter geht wie bisher, wobei ignoriert wird, dass alles, was bislang an Gefährdung, Skandalisierung, Protest und Empörung produziert wurde nicht das geringste dazu beigetragen hat, einen Datenschutz zu garantieren. Datenschutz ist abgeschafft. Dies ist nicht deshalb geschehen, obwohl Datenschutz gefordert und jeder Datenmissbrauch skandalisiert wurde. Sondern: diese Maßnahmen des Forderns, Skandalisierens und die Versuche der beständigen Produktion von Empörung waren nur das Feigenblatt um die Schwach- oder Schamstellen des Expertendiskurses zu verdecken. Ich hatte beide Schwachstellen genannt: die erste Schwachstelle ist die Paradoxie, dass niemand über informationelle Selbstbestimmung selbst bestimmen kann und die zweite Schwachstelle ist ein naives Verhältnis zum Informationsgehalt von personenbezogenen Daten.

Wir leisten uns in dieser Hinsicht den Luxus einer politischen Naivität. Wir können uns diesen Luxus erlauben, weil wir einfach glauben wollen, Politik habe lediglich etwas mit der Durchsetzung von Interessen, der Organisation von Macht und Rechtfertigung von beidem zu tun. Politik sei, wenn ich das salopp formulieren darf, das Recht in eigener Sache laut zu schreien und das Recht, andere daran zu hindern, das selbe zu tun.

Das scheint mir der Grund zu sein, weshalb es so schwer fällt, die Frage nach dem Informationsgehalt von personenbezogenen Daten zu versachlichen.

Das hängt auch damit zusammen, dass diese Frage nicht mehr so einfach zu beantworten ist, wenn man Rechtsfragen einmal beiseite lässt

Das Internet als der größte Datenschutzskandal aller Zeiten, der streng genommen gar keiner ist, entfaltet in seiner Struktur eigentlich nur das Problem, das durch Skandalisierung, Protest, Empörung und Kommunikation von Gefährdung in der Vergangenheit immer nur verdeckt wurde. Das Problem lautet, dass die Zuordnung von Daten auf Personen zwar jederzeit möglich ist, aber mit einer Zuordnung ergibt sich nur im Ausnahmefall eine Eindeutigkeit der Information, eine Eindeutigkeit, die sich nur einstellt, wenn bekannt ist, wer was über wen wissen will, weil man dann auch wissen kann warum das jemand wissen will, kurz gesagt: der Informationsgehalt dieser Zuordnung lässt sich relativ gut als eindeutig beschreiben, wenn die Gründe für diese Zuordnung bekannt sind. Und solange diese

Gründe bekannt sind, kann man auch die Rechtmäßigkeit dieser Zuordnung beurteilen und sie einigermaßen gut gesetzlich regeln. Das funktioniert aber nicht mehr, wenn sowohl keine Gründe für die Auskunftserteilung genannt werden, noch, dass überhaupt ein Auskunftsverlangen vorliegt. Und eben dies geschieht mit Internet und das ist das Problem, das man nicht lösen kann, wenn man sich auf Rechtsfragen festlegen will.

In Normalfall verlangt niemand Auskunft und genauso normal werden Auskünfte erteilt. Beides geschieht in der Hauptsache grundlos, wenn man auch nicht sagen kann, dass es deswegen unrechtmäßig geschieht. Denn natürlich ist es rechtmäßig, dass social media Nutzer ihre Daten massenweise preisgeben, aber sie müssen das nicht tun. Man muss auch nicht bei amazon Bücher kaufen oder bei ebay Waren bestellen. Um Waren oder Tickets zu kaufen, um zu telefonieren, zu navigieren, um Briefe zu schreiben, um Petitionen zu unterzeichnen, um Fotos und Texte zu verbreiten, kann man freilich das Internet benutzen, aber das ging ohne Internet auch immer schon. Dass man das Internet dafür benutzt, hängt damit zusammen, dass alles das optimiert wird. Optimierung heißt: es ist vereinfacht, wird kostengünstiger und schneller. Aber das heißt nicht, dass wir das Internet notwendigerweise bräuchten. Das Internet ist nicht notwendig, sondern überflüssig. Aber es zeigt nun doch sehr deutlich, dass es relevant wird. Das heißt: Das Internet ist zwar überflüssigerweise entstanden, aber inzwischen unverzichtbar geworden.

Eben diese Einsicht, dass in der Gesellschaft für die Gesellschaft etwas relevant werden könnte, das nicht der Notwendigkeit unterliegt, kann durch massenmediale Produktion von Informationsdefiziten wunderbar verdeckt werden. Und diese Verdeckungsleistung kann nicht mehr gut funktionieren, wenn sie durch das Internet noch einmal gesteigert wird. Denn auch die massenmediale Produktion von Verwirrung wird durch das Internet optimiert. Diese Optimierung führt dazu, dass das Ganze nicht mehr auf gewohnte Weise zu bewältigen ist.

Mit dem Internet entsteht, scheint mir, etwas Neues, das nur dann entstehen kann, wenn etwas Überflüssiges, etwas, das niemand niemand bestellt oder gekauft hat, das niemand beantragt oder genehmigt hat, das niemand gerufen hat, etwas, das genauso gut auch nicht hätte erfunden werden müssen, anfängt wichtig zu werden.

Das innovative Potenzial des Internets besteht darin, dass es überflüssig ist. Und sobald es relevant wird, provoziert es nun eine Versachlichung der Verhältnisse,

weil wir es mit einem optimalen Informationschaos zu tun haben, das nicht mehr weiter gesteigert werden kann.

Es entsteht also eine Notwendigkeit zur Versachlichung, indem sie ständig provoziert wird. Diese Provokationen sind ablesbar an den Widerständen, an der Abwehr, an den Immunreaktionen gegen diese Notwendigkeit.

Etwas Neues ist dann im Anmarsch, wenn es heißt: jetzt muss etwas dagegen unternommen werden. In dem Augenblick ist es zu spät, aber: die Sabotage kann von der Innovation am Anfang nicht unterschieden werden. Deshalb wird eine Versachlichung der Angelegenheit praktisch durch übertriebene Widerspenstigkeit in der Gesellschaft durchgedrückt. Die Übertreibung geschieht solange und wird so heftig und so unerträglich, bis die Wahrscheinlichkeit dafür steigt, diese Angelegenheiten eben doch der Sachlichkeit zu überlassen.

So etwas ist in der Evolution der Gesellschaft schon häufiger passiert, z.B. die Frage, wie es um die unsterbliche Seele der Menschen bestellt sei. Diese Frage konnte von der Gesellschaft lange nicht sachlich behandelt werden, und führte deshalb zur Gewalt. Daher diese bekannte Traumatisierung durch Religion. Aber irgendwann ging es dann doch. Die Versachlichung der Angelegenheit lautet: ein unsterbliche Seele gibt es nicht, aber wer das trotzdem glauben will, soll es tun. Diese Regelung ist von bewundernswerter Sachlichkeit.

Ich vermute, dass sich eine solche Versachlichung in Fragen der informationellen Selbstbestimmung auch irgendwann einstellen wird.

Es kommt dann aber nur darauf an zu lernen wie es geht. Und das ist dann weniger eine Sache der besseren Meinung oder der Rechtfertigung von Macht, sondern eine Sache der Geduld

Vielen Dank.